



EINSATZ

CDU fragt nach Personalstärke



Helmut Knerr

Die Sollstärke (Stand – 31. 12. 2003) wird im Bericht der Landesregierung mit 11 060,30 Beschäftigten quer durch die Polizei angegeben. Hierin sind alle Beschäftigten von S/K/Verwaltungsbeamte, Angestellte und Arbeiter/-innen in den Behörden und Einrichtungen gemeint. Tatsächlich stehen hier nur 9536,23 Beschäftigte zur Verfügung. 171 Polizeibeamte/-innen sind aus ihren eigentlichen Dienstbereichen und verschiedenen Gründen abgeordnet. Keine besondere Darstellung erfolgte in der Berichterstattung zu den Teilnahmen an den Aufstiegslehrgängen. 415 Polizeikräfte befinden sich im Bezirksdienst, 165,25 Kräfte verrichten Dienst als Jugendsachbearbeiter. 17 Beschäftigte werden temporär beim Sicherheitsmobil eingesetzt. In 2003 war eine prozentuale Krankheitsrate von 6,70% der Polizeibeschäftigten zu verzeichnen. Die Antworten des Innenministeriums zur Mehrarbeits-situation erstreckt sich nur ausschließlich auf den Bereich von Schutz- und Kriminalpolizei. Verwertbare Daten im Polizeiverwaltungsdienst lagen nicht vor. 1 312 410,02 Mehrarbeitsstunden wurden in 2003 geleistet. Im Vorjahr wurden 133 310 Stunden

Mit 18 Fragen forderte die CDU-Fraktion von der Landesregierung Auskunft zur „Zukunft der Polizei Rheinland-Pfalz“. Das gelieferte Datenmaterial beschreibt Einsatzstärken, Abordnungen, Situationen im Bezirksdienst/Jugendsachbearbeiter/Sicherheitsmobile, Krankenstände, Überstunden, Frauenanteile und Durchschnittsalter im Schichtdienst. Weitere Themen sind Arbeitszeitflexibilisierung, Angestelltenprogramm und Altersteilzeit. Letztlich will die CDU wissen, wie die Landesregierung die terroristische Bedrohung einschätzt.

mehr geleistet. Im Jahr 2003 wurden 595 110,90 Mehrarbeitsstunden registriert; im gleichen Zeitraum wurden 609 559,80 Stunden zu über 92% durch Freizeit ausgeglichen.

Innenminister Zuber stellt in verschiedenen Passagen des Berichtes auch die Situation der Altersteilzeitregelung dar. Seit dem Jahr 2000 gab es 315 Anträge, wobei 239 Anträge positiv beschieden wurden. Die Fortführung der Altersteilzeitregelung ist für den 1. 8. 2004 mit modifizierten Rahmenbedingungen vorgesehen. Die CDU erhielt die Antwort, dass 150 Stellen im Polizeibereich vorgesehen sind, wobei die jeweilige Altersteilzeitgewährung auf vier Jahre begrenzt ist. Zum Angestelltenprogramm teilte das ISM der CDU mit, dass durch die von der Landesregierung initiierten Angestellten-Sonderprogramme der Polizeidienst

von ausbildungsfremden Tätigkeiten nachhaltig entlastet wurde. Insgesamt hätte sich durch diese Maßnahme die Anzahl der Angestellten-Stellen um 300 auf 1072,25 erhöht. Damit wären nicht nur Neueinstellungen möglich; auch für die bereits beschäftigten Tarifkräfte konnten berufliche Perspektiven eröffnet werden.

Zum notwendigen Personalbedarf in den nächsten zehn Jahren verwies das Innenministerium auf die Erklärung der Landesregierung aus dem letzten Jahr, wonach man von einer Festlegung der Personalstärke von 9000 Polizeibeamtinnen/-beamten ausgeht. In den nächsten sechs Jahren will man diese Stärke mit einer regelmäßigen Einstellungsquote von 250 Anwärtern/-innen und ab 2011 bis 2019 mit 350 Anwärtern/-innen erreichen.

HK

Kommentar

Sehr positiv ist, dass die CDU im Rahmen ihres Oppositionsauftrages ausführlich und detailliert die Landesregierung in diesen polizeilichen Themen hinterfragt. Schade ist, dass auf Grund zeitlicher Vorgaben die Erhebungen und Antworten der Landesregierung nicht komplett vorliegen und die CDU keine zeitlichen Zugeständnisse zur intensiveren Bearbeitung zuließ. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger und die Polizei ist nun, dass die CDU ihre entsprechenden Schlüsse aus den Antworten der Landesregierung zieht und diese in die parlamentarische Arbeit einbringt.

Helmut Knerr / stellv. GdP-Landesvorsitzender

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ POLIZEISTÄRKE

Große Anfrage der CDU im Landtag

Seite 1

■ GdP BEI WOLFGANG ERFURT

Will gute Zusammenarbeit

Seite 2

■ GdP VOR ORT

PI Kaiserslautern

Seite 4

■ BEIHILFE

Sparen oder Drauflegen!

Seite 6

■ AUS DEM HPRP

Auslieferung von Schutzwesten verzögert

Seite 6

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Wolfgang Erfurt will gute Zusammenarbeit

„Neben vielen bekannten Gesichtern habe ich auch viele alte Probleme vorgefunden“, berichtete der neue Polizeipräsident in der Westpfalz, **Wolfgang Erfurt**, bei einem intensiven Meinungsaustausch mit dem GdP-Landesvorsitzenden **Ernst Scharbach**, dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe **Jürgen Moser** und dem Vorsitzenden der Kreisgruppe **Karl Kauf**. Im Mittelpunkt öffentlichen Interesses steht zwar die Fußballweltmeisterschaft 2006, dennoch war die Themenpalette breit gestreut. „Wir wissen, dass die übrige Polizei in Rheinland-Pfalz die Verstärkung unserer Mannschaft belastet“, so **Erfurt**, „und sind für diese Solidarität außerordentlich dankbar.“ Breiten Raum nahm daher die Personal- und Altersentwicklung im Präsidium ein. „Die unselige Verlängerung der Lebensarbeitszeit macht die Lösung der Probleme in den nächsten Jahren nicht gerade einfacher“, befand **Ernst**

Scharbach. Der vorbeugende Gesundheitsschutz müsse weit mehr als bisher Beachtung finden: „Der Dienstherr ist gefordert!“

recht. Auch die Zusammenarbeit mit den amerikanischen Sicherheitskräften, der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz kann als

der Unterbringung in den letzten Jahren. **Erfurt**: „Ich möchte einen weiteren Schwerpunkt bei der Personalförderung setzen. Meine Erfahrungen in den vorherigen Verwendungen im Polizeidienst kommen mir dabei sehr zu gute. Fördermaßnahmen nutzen der Dienststelle und den Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen!“

„GdP und Personalräte unterstützen alle Mühen, die die Kolleginnen und Kollegen in ihrem Beruf voran bringen. Dabei müssen auch Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine gewichtige Rolle spielen“, meinte **Jürgen Moser**. **Karl Kauf** und **Wolfgang Erfurt** betonten die Bedeutung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Dienststelle und Personalvertretung. **Kauf**: „Unser gemeinsames Anliegen muss es sein, das Beste für die Bürger, die Kollegen und die Dienststelle heraus zu holen!“ **ES**



Wolfgang Erfurt (links) im Gespräch mit Ernst Scharbach

Einigkeit bestand über die anhaltende Gefährdungslage durch den internationalen Terrorismus, bei der das Präsidium Westpfalz eine besondere Verantwortung zum Schutz der amerikanischen Streitkräfte trägt. Dieser Verantwortung wird das PP Westpfalz mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei bestmöglich ge-

gut bezeichnet werden, berichtete der Leiter Polizeieinsatz **Hans Maaßen**.

„Wir hoffen, dass der Bauabschnitt II in einem Jahr fertig gestellt sein wird“, erläuterte der Leiter Polizeiverwaltung, **Werner Mausolf**, die anstehenden Baumaßnahmen und verwies auf die umfangreichen Verbesserungen

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (vi.S.d.P)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 01. 04. 2003

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

EIGENSICHERUNG

Daten online

Polizistinnen und Polizisten können nie absolut sicher sein, dass der nächste Einsatz problemlos verläuft. Es gibt leider zu viele Beispiele, wo sich die simple Ruhestörung vor Ort zu einem Angriff auf die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen auswächst. Und es gibt nicht nur einen Fall, dass plötzlich eine Waffe im Spiel war und eine Tragödie geschah.

Auch deshalb ist es so wichtig, dass sich die Beamtinnen und Beamten vor der Einsatzfahrt informieren können, mit wem sie es auf der anderen Seite zu tun haben werden und ob die Person Waffenträger oder Waffenbesitzer ist. Mit der Umsetzung des neuen Waffenrechtes hatte die GdP deshalb gefordert, die bei den Meldeämtern erfassten Infor-

mationen über waffenrechtliche Erlaubnisse über den Zugriff auf EWOIS für die Polizei aufrufbar zu machen.

Mit Erfolg, denn Innenminister Walter Zuber teilte der GdP jetzt mit, dass mit der anstehenden Änderung des Meldegesetzes dem Informationsbedürfnis der Polizei Rechnung getragen wird. Es sei vorgesehen, das automatisierte Verfahren zum landesweiten Abruf personenbezogener Daten durch die Polizei dahingehend zu erweitern, dass auch Informationen über die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis abgerufen werden können.

Teilweise werden die Zugriffsmöglichkeiten auch auf die gespeicherten Ausweisdaten erweitert. Die Neuregelung sieht vor, dass Angaben zur Ausstel-

lungsbehörde, zum Ausstellungsdatum, zur Seriennummer und zur Gültigkeit von Personalausweisen und Pässen online zur Verfügung stehen.

TW

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 31

POLIZEIEINSATZ

Nazis in Marienfels

„So lange es uns noch gibt, wird es auch Deutschland geben“ und „die Waffen-SS waren Helden und keine Verbrecher“ waren Parolen der Nazis, die den „Abbau“ des Denkmals für die Waffen-SS vom Friedhof in Marienfels betrauten. Eine 150-köpfige Schar meist schwarz gekleideter, selbst ernannter Retter des Vaterlandes fanden sich in dem kleinen Ort im Taunus ein. Vom DGB und anderen initiiert und vom Ministerpräsidenten **Kurt Beck** ausdrücklich unterstützt trafen sich auf der Gegenseite etwa 250 Menschen, die gegen den Aufmarsch der Neonazis demonstrierten.

„Die örtlichen Gegebenheiten unterstützen unseren Einsatz“, erläuterte der Polizeiführer **Christoph Semmelroge** den „Besuchern“ **Thomas Brühl**, **Stellvertre. Leiter der BePo** und **Ernst Scharbach**. Durch die bereits weit im Vorfeld getrennten Zufahrtswege war es den Einsatzkräften gut möglich, unfriedliche Aktivitäten zu verhindern. Die Schule in Miehlen war zur Einsatz- und Verpflegungszentrale umfunk-

tioniert worden. Koll. **Franz Josef Mayer** betonte die Professionalität der Technikeinrichtungen für die Kriminalpolizei: „Wir haben ein kleines ED-Zimmer eingerichtet; die Verkabelung der EDV klappt hervorragend!“ Viele Einsatzkräfte der Bereitschaftspoli-



zei (Absolventen des gerade zu Ende gegangenen 25. Studienganges) waren zum ersten Mal bei einem größeren „DEMO-Einsatz“ dabei und konnten so erste Erfahrungen sammeln. „Nach den anstrengenden Monaten auf dem ASA habe ich mich

sehr auf die ‚richtige‘ Polizeiarbeit gefreut“, meinte Kollegin **Anke Zimmermann** von der BePo Koblenz. Koll. **Jürgen Weick**, (Personalrat BePo) und **Achim Eggert** (Personalrat PD Montabaur) wussten ebenfalls nur Positives zu berichten: „Die Motiva-

gens: „Alles in bester Ordnung!“ Sehr professionell begleiteten die Hundertschaftsführer **Jürgen Walter** und **Udo Linden** die beiden Versammlungsleiter; die Erfahrung aus vielen (bundesweiten) „Rechts-Links-Demos“ zahlte sich aus. Klare Ansprachen an die Versammlungsleiter zeigten offenkundig ihre Wirkung. Deutlich wurde der Wert der BePo als geschlossene Einheit, denn souverän und sachlich gingen die Kolleginnen und Kollegen mit der Lage um. Auch Polizeipräsident **Klaus Weidmann** ließ es sich nicht nehmen, die Lage vor Ort zu erkunden: „Der Einsatz klappt gut.“ Viele Gespräche mit Bewohnern von Marienfels zeigten das Vertrauen in die beruhigenden Maßnahmen der Polizei. Man war offensichtlich froh, dass die Polizei die Lage im Griff hatte. „Ich habe 1971 auch für die Aufstellung des Denkmals gestimmt“, meinte ein Anwohner. „Aber wer konnte denn ahnen, dass sich irgendwann die Neonazis gerade diesen Gedenkstein als Wallfahrtsort aussuchen würden?“ **ES**

KG LKA

Neuer Vorstand



Ulrich Roeder

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe LKA wählte am 27. 4. 2004 einen neuen Vorstand. Mit dieser Wahl unterstreicht die GdP-Kreisgruppe ihre starke Stellung innerhalb des LKA. In allen Bereichen verstärken die Vertrauensleute ihre Aktivitäten, um

Ansprechpartner für alle GdP-Mitglieder zu sein und anderen den Weg in die GdP zu eröffnen.

Der neue Vorstand: **Ulrich Roeder**, Vorsitzender, **Inge Rost**, **Werner Comes** und **Martin Gerten**, Stellvertreter, **Boris Henritzi**, Schriftführer, **Kurt Sell**, Stv. Schriftführer, **Harald Metzinger**, Kassierer, **Bärbel Becker**, Stv. Kassierer. Zu Beisitzern wurden gewählt: **Gunnar Koll**, **Frank Wimmel**, **Holger Mönicke**, **Inge Karst**, **Hans Schäfer**, **Ulrich Helmdach**, **Ulrich Göbel**, **Stefano Borrero-Wolf**, **Wolfgang Landua** und **Ulli Kiefer**. Kassenprüfer sind **Frank Hasenclever** und **Peter Ohliger**. **red**

JUNGE GRUPPE

Generationen aktiv



Zu einem Generationensgespräch trafen sich in Koblenz die Vorstände von JUNGE GRUPPE und Senioren der GdP. Der Erfahrungsaustausch machte deutlich, dass es in jungen Jahren wie im Alter viele gleich gelagerte Interessen gibt – wenn auch aus unterschiedlichem Blickwin-

kel. Das gilt beispielsweise für die Gesundheitsvorsorge wie für die Alterssicherung. „Wichtig ist es, dass die Solidarität unter den Generationen funktioniert“, zogen die Vorsitzenden Heinz Blatt und Thomas Sinner Bilanz aus der Diskussion. **TW**

KG Mayen besucht Dienststellen



Norbert Puth

Um den Mitgliedern der GdP-Kreisgruppe Mayen Rede und Antwort zu stehen und um mehr Transparenz und Einblick in gewerkschaftliche Entscheidungen zu bieten, hatte der Vorsitzende der Kreisgruppe Mayen,

Norbert Puth den Stellv. Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Bezirksgruppe Koblenz, Hermann-Josef (Jöbi) Barz eingeladen. Die beiden Gewerkschafter besuchten die Dienststellen in Remagen, Ahrweiler und Adenau. In Cochem und Mayen wurden sie begleitet von Kollegin Margarete Relet, Vertreterin der Angestellten im Gesamtpersonalrat und GdP-Bezirksgruppenvorstand Koblenz. Die Resonanz in den Dienststellen war unterschiedlich; in Cochem, Mayen und Adenau so gut, dass der geplante Zeitrahmen weit überschritten wurde. Diskussionsthemen waren Ver-
 setzungslisten nach Trier (Trans-

parenz würde Gerüchte vermeiden und damit zeitraubende Diskussionen), Führungsmodul, Bekleidungswirtschaft, Beförderungen, Tarifpersonal und -verhandlungen, herausgehobene kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung, Teildienstfähigkeit, Aufgabenübertragung von K nach S, und vieles mehr. Massive Kritik wurde an der Unterbringung der Polizei bei Sondereinsätzen am Nürburgring (insbesondere Kriminalpolizei) geübt. Die Nutzung der sanitären Einrichtungen würde man keinem Sträfling zumuten. Die GdP Mayen wird dieses Thema aufgreifen.

Norbert Puth

KURZ & KNACKIG

■ Probezeit

Das Innenministerium will die Forderung der GdP aufgreifen, künftig familienbedingte Abwesenheitszeiten auf die Probezeit anzurechnen. § 12 LaufbahnVO-Pol soll entsprechend geändert werden. Bisher konnte zwar beispielsweise der abgeleistete Wehrdienst für die Verkürzung der Probezeit angerechnet werden, nicht aber die Elternzeit. Angesichts der demographischen Entwicklung fordert die GdP eine starke Berücksichtigung familienbezogener Abwesenheitszeiten auf allen Feldern des Personalrechtes.

■ Polizeihubschrauber

Die Polizeihubschrauberstaffel in Winnigen kann jetzt einen zweiten Polizeihubschrauber des Typs Eurocopter, eine EC 135, einsetzen. Innenminister Zuber stellte die neue Maschine in Dienst. Der neue Hubschrauber verfügt über modernste Technik und ist damit wesentlich leistungsfähiger, aber auch wirtschaftlicher als das 30 Jahre alte Vorgängermodell des Typs BO 105. Er kostet 5,2 Millionen EUR. Der Betrag wird über 8 Jahre finanziert.

■ Blaue Uniform

Nach Hamburg will auch Niedersachsen die blaue Uniform für die Polizei einführen, obwohl man sich in der IMK darauf festgelegt hatte, eine Umstellung der Berufskleidung der Polizei in einem bundesweit abgestimmten Verfahren gemeinsam vorzunehmen. Rheinland-Pfalz will nicht vorgehen. Das ist verständlich, denn allein für die Grundausstattung an Uniformteilen wären 3,5 Millionen EUR vorzufinanzieren. Die GdP stützt diese Position: Das Geld geht besser in weit dringlichere Investitionsvorhaben wie Schutzwesten oder den Digitalfunk.

■ Zulagen für den WSD

Vorsicht beim Einsatz im Wechselschichtdienst mit flexiblen Arbeitszeiten. Es kann schnell der Fall eintreten, dass nicht mehr die individuell zu leistende Zahl an Nachtdienststunden (80 Stunden in 10 Wochen) erreicht wird und damit die Wechselschichtdienstzulage entfällt. GdP und Personalräte werden vor Ort sehr genau darauf achten, dass niemand Nachteile entstehen.

PI 2: Personal- und Alterssorgen

Die Haushaltslage des Landes, deren globalen und nationalen Ursachen und ihre Auswirkungen auf die Polizei standen am Beginn des Meinungsaus-

Moser und Ernst Scharbach eingeladen hatte. „Die Privatisierungs- und Liberalisierungswelle bedroht auch unsere Arbeit in der Polizei. Wir müssen aufpas-

Scharbach. „Der Zuschnitt der künftigen Aufgaben und der voraussehbare Bevölkerungsschwund gerade in der Westpfalz werden unweigerlich Folgen in der Personalstärke nach sich ziehen.“

Die Kollegen beklagten die Arbeitsdichte bei gleichzeitiger Alterung der Beschäftigten. Thema war auch die unterschiedliche Besoldung von Jungen und Alten in den Dienststellen. „Wir gönnen den jungen Absolventen der Fachhochschule ihre guten Chancen, aber die Interessen der ‚Alten‘ dürfen dabei nicht unter die Räder kommen“, bestätigte Heinz Rahm die gemeinsame Auffassung.

Ebenfalls diskutiert wurden die möglichen Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Beihilfe und der Rentenreform auf die Pensionen. Scharbach: „Eins steht fest: Die Zeiten werden für uns alle rauher! Gerade jetzt brauchen wir starke Gewerkschaften!“

ES



Ernst Scharbach im Gespräch mit Kollegen

tausches mit Kolleginnen und Kollegen der Polizeiinspektion 2 und des Kriminaldauerdienstes in Kaiserslautern, zu der Heinz Rahm, Vorsitzender der Kreisgruppe Polizeidirektion Kaiserslautern, die Kollegen Jürgen

sen, dass der Staat und die Polizei nicht in unattraktive Nischen abgedrängt werden nach dem Motto: Wo man Geld verdienen kann, werden Private tätig, die kostenträchtigen Aufgaben bleiben beim Staat“, erläuterte Ernst

GdP-KANUTOUR 2004

Die auf den Wellen tanzten

Nach einem nachhaltigen Siegerländer Landregen hielt die Sieg für die Teilnehmer der dies-



Schwieriges Anlegemanöver

jährigen GdP-Paddeltour so viel zügig, teilweise reissend fließendes Wasser bereit, dass es Organisator Bernd Becker nicht schwer fiel, die Mannschaft vom

Gebrauchswert der Schwimmwesten zu überzeugen. Spätestens nachdem Birgit Schöne (LKA) und Bernhard Günther (VD Koblenz) kurz nach Beginn der Fahrt in Dattenfeld-Dreisel intensive Bekanntheit mit dem noch recht kühlen und wilden Wasser machten, war allen klar: Neben viel Freude an der Natur, am Paddelsport und

an der Gemeinschaft war diesmal auch ein wenig Vorsicht angesagt. Mutig nutzten die GdP-Kanuten den mittleren Hochwasserstand, um alle Wehre, Stufen und Beton-

rutschen bis zum ersten Tagesziel in Eitorf zu fahren, auch wenn ein ums andere mal hinterher die Canadier leer gelenzt werden mussten. Die zweite Etappe von Eitorf bis Hennef bot hinter nahezu jeder Biegung eine neue Herausforderung. Zahlreiche kräftige Schwälle, Stufen und Verengungen unter Brücken ließen die Kanus auf den Wellen tanzen und keine Sekunde Langeweile aufkommen. Die Gestaltung der Abende profitierte von einem sehr anständigen gastronomischen Angebot im mittleren



Die Teilnehmer der GdP-Kanutour

Siegtal und die Unterbringung in drei komfortablen Ferienwohnungen ließ keine Wünsche offen, so dass alle Teilnehmer am Sonntagmorgen nach ausgiebigem Frühstück rundum zufrieden nach Hause fuhren.

BB

KRIMINALPOLIZEI

Sicherheitsarchitektur nach New York und Madrid

Der Fachausschuss Kriminalpolizei widmete wieder ein Tagesseminar einem akuten Thema. 24 Kollegen aus dem ganzen Land informierten sich in Brodenbach über die Zusammenarbeit der „Dienste“ mit der Polizei und diskutierten mit zwei Referenten, denen anzumerken war, dass sie sich auch in der täglichen Zusammenarbeit gut verstehen: Michael Götz, Referatsleiter in der Abt. 6 (Verfassungsschutz) des ISM und Herbert Klein, Leiter der Abteilung 6 (St/Te) im LKA.

Michael Götz informierte die Teilnehmer gründlich über die Arbeit des Verfassungsschutzes. „Wir wollen von der Polizei so viele Informationen wie möglich und dass sie unsere Quellen in Ruhe lässt“, begann er provozie-

rend seine Ausführungen zur Schnittstelle zwischen Verfassungsschutz und Polizei. Tatsächlich gelinge es in Rheinland-Pfalz sehr gut, für beide Seiten relevante Informationen auszutauschen, obwohl es unbestreitbar einen Unterschied zwischen dem oft kurzfristigen auf Strafverfolgung angelegten Interesse der Polizei und den eher längerfristigen Interessen der Dienste gebe. Götz beschrieb auch die Zusammenarbeit der Länder und des Bundes als geregelt und praxistauglich und unterstrich damit die Position der GdP, wonach die aktuelle Situation nicht mit einer Neuorganisation der beteiligten Behörden belastet werden darf. „Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Verfas-

sungsschutz und einem Land kann genau so gut oder so schlecht sein, wie zwischen Abteilungen ein und derselben Riesenbehörde“, stellte Götz fest.

Seit nunmehr 10 Jahren gibt es in Rheinland-Pfalz institutionalisierte Treffen und ein gemeinsames Papier zur Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz, bestätigte auch Herbert Klein vom LKA. Klein verdeutlichte, dass es auch in Rheinland-Pfalz Grund gebe, sich seitens der Polizei der extrem-islamistischen Bedrohung zu widmen und beschäftigte sich mit verschiedenen Lösungsansätzen. Ob es nun der richtige Weg sei, für den Verfassungsschutz eine Zuständigkeit für die OK zu begründen, ob die Polizei im TE-

und OK-Bereich mit geheimdienstlichen Mitteln auszustatten ist oder ob es zunächst ausreichen würde, die entsprechenden Mittel und das entsprechende Personal für diese schwierigen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Das waren Fragen, denen sich der GdP-Workshop widmete.

Landesvorsitzender Ernst Scharbach zog am Ende des Tages eine positive Bilanz für die Diskussion und Meinungsbildung in der GdP. „Wir haben keine abschließenden Antworten auf alle Fragen, aber wieder einmal ein aktuelles Thema intensiv aufbereitet und die Vertreter der GdP sprechfähig gemacht“, meinte Scharbach.

Bernd Becker bedankte sich bei den Referenten Michael Götz und Herbert Klein. Verfassungsschützer Götz durfte sich über einen GdP-KriPo-Bären freuen und zeigte sich angetan von den Diskussionen mit den Teilnehmern.

BB

Auslieferung von Schutzwesten verzögert

Die Auslieferung der noch ausstehenden 914 **Schutzwesten** verzögert sich. Grund: Die beauftragte Firma hat Probleme mit Zulieferung der benötigten Zylon-Faser, teilt das ISM mit. Die ZPT wurde beauftragt, schnellstmöglich Alternativen zu prüfen. Das ISM schafft 30 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für über 55-jährige **Schwerbehinderte**. Die Stellen wurden auf die Präsidien und Einrichtungen



verteilt. Die Neuorganisation der **Bußgeldstellen** ist wegen des Widerstands des Landkreistages vom Tisch. Auch die kleine Lösung (Zusammenfassung der Polizei-Bußgeldstellen werde zunächst nicht weiter verfolgt, teilt StK Karl Peter Bruch mit.

Dieter Kronauer (Arbeiter), Annemarie Grindel (Angestellte), Ernst Scharbach (Beamte)

RECHT

Beihilfe: Sparen oder Drauflegen!

Beihilfe richtet sich immer nach einem Bemessungssatz, der sich an der persönlichen Situation der Beihilfeberechtigten und der berücksichtigungsfähigen Angehörigen ausrichtet. Die Einhaltung von Meldefristen kann bei Beihilfe und Privatversicherung zu Einsparungen oder

hilfeberechtigter bisher ein Kind, so hat er nach der Geburt des zweiten Kindes für sich einen Bemessungssatz von 70% anstatt bisher 50%. Er kann daher seine private Krankenversicherung von 50% auf 30% senken und Geld sparen. Für die Versicherungen gilt eine Meldefrist von zwei Mo-

und der Privaten Krankenkasse melden.

Beispiel – Das zweite Kind fällt aus der Berücksichtigungsfähigkeit heraus

Wenn das Kind z. B. über 18 Jahre und berufstätig ist fällt es aus der Berücksichtigung für den Beihilfeberechtigten heraus und der Beihilfebemessungssatz sinkt wieder auf 50% mit der Folge, dass die Privatversicherung wieder auf 50% aufzustocken ist.

Wichtig ist der Zeitpunkt! Für beide Beispiele berechnet sich der Bemessungssatz nach dem Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen. War also am Behandlungstag das zweite Kind noch berücksichtigungsfähig gilt der Beihilfebemessungssatz von 70% auch wenn die Rechnung erst später bei der Beihilfestelle eingereicht wird. Sind die Aufwendungen erst nach dem Wegfall der Berücksichtigungsfähigkeit des zweiten Kindes entstanden, wird Beihilfe nur nach einen Satz von 50% gewährt. Ist die private Krankenversicherung noch nicht umgestellt, zahlt sie nur den Vertragsatz von 30%. Der Beihilfeberechtigte bleibt auf 20% der Kosten sitzen.

Unser Tipp:

Erhebliche Zuzahlungen vermeiden durch die rechtzeitige Änderung der eigenen PKV.

In lockeren Abständen werden wir an dieser Stelle über weitere Problemstellungen aus dem Beihilfebereich informieren.

HWG

Grundsatz § 12 Beihilfenverordnung

Für Beihilfeberechtigte mit Dienstbezügen	50%
Für Beihilfeberechtigte mit Dienstbezügen mit 2 oder mehr Kindern	70%
Für Beihilfe berechtigte Versorgungsempfänger	70%
Für Versorgungsempfänger mit niedrigem Einkommen und hoher Beitragsbelastung	80%
Für Ehegatten (ohne eigenen Beihilfeanspruch)	70%
Für berücksichtigungsfähige Kinder	80%
Für Beihilfe berechtigte Waisen	80%

Mehrausgaben führen. Daher wollen wir auf einige Grundsätze hinweisen – damit es kein böses Erwachen gibt.

Beispiel – Geburt des zweiten Kindes:

Finanziell erhebliche Auswirkungen hat die Bemessung für den Beihilfeberechtigten mit zwei oder mehr Kindern. Hat ein Bei-

naten. Bei späterer Meldung können aus Sicht des Beihilfeberechtigten zuviel bezahlte Beiträge nicht mehr zurückgefordert werden.

Unser Tipp:

Die Geburt des zweiten Kindes umgehend der Beihilfestelle

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit **PSW-Reisen**
 Rheinland-Pfalz GmbH
 01801 PSW Reisen*
 oder
 0 61 31 – 9 60 09 23

*zum Ortstarif

Anzeige



Der Opel Astra Caravan: Dynamisch, elegant, geräumig und sehr flexibel



Progressive Linie: Rückleuchten, Seitenfenster und Heckklappe wirken dynamisch und elegant.

Super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31 - 9 60 09-31
 E-Mail: psw-rp@gdp-online.de
 Angebots-Anfrage unter: www.psw-rp.de



Minning Vorsitzender Beate Kunz gewählt



Wilfried Minning (Mitte) mit seinem Vorgänger Bernhard Hetz (rechts)

Neuer Vorsitzender des Personalrates beim Wasserschutzpolizeiamt ist Wilfried Minning. Er übernahm diese Aufgabe von Bernhard Hetz, der Ende Mai in den Ruhestand verabschiedet worden war. Wilfried Minning verfügt über die notwendige Erfahrung in der Personalratsarbeit. Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei bekommt er selbstverständlich Rückendeckung und Unterstützung seiner Gewerkschaft. **TW**



Bad Kreuznach. Glatter Erfolg für Beate Kunz (GdP).

Bei den Nachwahlen im örtlichen Personalrat für die PD Bad Kreuznach setzte sich Beate Kunz

mit über 85% der Stimmen gegenüber ihrer Mitbewerber von der DPoLG durch. Die engagierte Gewerkschafterin bekam 18 der 21 gültigen Stimmen. Die Wahl war erforderlich geworden, weil die bisherige Vertreterin der Gruppe Angestellten, Hilde Oschewsky-Breit (GdP), zum PP Mainz versetzt wurde, um dort eine andere Aufgabe wahrzunehmen. Beate Kunz ist in der Personalratsarbeit erfahren. Sie war bereits in den letzten Jahren als Angestelltenvertreterin in verschiedenen Personalräten und Stufenvertretungen tätig und vertrat die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen auch im GdP-Landesvorstand. **TW**

KG PP/PD KOBLENZ

Gratulation

Die Seniorengruppe der KG PP/PD Koblenz hat Kollege Karl Weißbrod zum 85. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche der GdP überbracht. Kollege Weiß-

brod, der Dank seiner stabilen Gesundheit den Ruhestand für lange Auslandsreisen nutzen kann, freute sich sehr über die Aufmerksamkeit. **red**

SEMINARBERICHT

Tarifseminar Mai 04



Die jüngsten Maßnahmen der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes (Kündigung der Urlaubsgeld-, Zuwendungs- und Arbeitszeittarifverträge) haben zu einer erfreulichen Entwicklung der Mitgliederzahlen der GdP im Tarifbereich geführt. Insbesondere an

diese neuen Mitglieder wandte sich die stellvertretende Landesvorsitzende Annemarie Grindel mit der Einladung zu einem 2-tägigen Seminar. Am 25. Mai konnte sie dann 22 vorwiegend neue GdP-Mitglieder im Tagungshotel Peifer in Brodenbach begrüßen. Die von GdP-internen Referenten gestalteten Beiträge über bestehendes Tarifrecht, soziale Sicherungssysteme, den Fortgang der Prozessvereinbarung über einen modernisierten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die Bemühungen der GdP Rheinland-Pfalz um die Überleitung der ehemaligen Schreibkräfte in zukunftssichere Arbeitsplätze im Polizeibereich fanden großes Interesse und regten zu lebhaften Diskussionen an. **AG**

INTERNATIONALES

Besuch in Edinburgh

Mit Hilfe der Gewerkschaft der Polizei und der schottischen „Police Federation“ wurde der Kontakt zur Craigmillar Police Station in Edinburgh hergestellt. Im März 2003 besuchten 7 Kollegen aus Schottland die Inspektion in Ingelheim.

Zum Gegenbesuch in Edinburgh erwartete die Kollegen ein umfangreiches Besuchsprogramm, bei der die fast lückenlose Videoüberwachung der Innenstadt auf 36 Monitoren



besondere Aufmerksamkeit erregte.

WIR TRAUERN UM

Katharina Stehlig, PD Mayen, 93 Jahre
Theodor van Elten, PP/PD Koblenz, 88 Jahre
Otto Flohr, PP Trier, 94 Jahre
Ulrich Pinter, PD Trier, 47 Jahre
August Weinkauf, PD Pirmasens, 83 Jahre
Fritz Esch, PP/PD Koblenz, 84 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.